Mitteilungsvorlage, DS-Nr. 2020/0728

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Rat	29.09.2020			

Betreff: Mitteilung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Finanzlage der Stadt

Mitteilungstext:

Im Haupt- und Finanzausschuss am 02.06.2020 hat die Verwaltung zu den ersten Auswirkungen der Pandemie berichtet.

Zwischenzeitlich wurde eine Hochrechnung erstellt, um die Auswirkungen bis zum Jahresende abzuschätzen. Die Ermittlung erfolgte überschlägig für die betroffenen Ertrags- und Aufwandsarten nach für sinnvoll eingeschätzten Kriterien.

Ob Vorgaben zur Ermittlung der Auswirkungen nach dem im Entwurf vorliegenden „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften“ (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz – NKF-CIG) gemacht werden bzw. welche das sein werden, ist noch offen.

Auf Basis der derzeit vorliegenden Informationen wird davon ausgegangen, dass für das Jahr 2020 mit coronabedingten Einbußen von ca. 20 bis 25 Mio. Euro zu rechnen ist.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um wegbrechende Erträge bei der Gewerbesteuer, der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer.

Ein Teil dieser Einbußen wird durch Bund und Land kompensiert. Es steht allerdings noch nicht abschließend fest, in welcher Höhe die Stadt hiervon profitieren wird. Nach dem Entwurf des Gewerbesteuerausgleichsgesetzes NRW soll der anteilige Ausgleichsbetrag für die Einbußen bei der Gewerbesteuer aus dem Vergleich der durchschnittlichen Gewerbesteuereinzahlungen der Jahre 2017 bis 2019 mit den Gewerbesteuereinzahlungen 2020 im Verhältnis der Kommunen zueinander ermittelt werden. Da Troisdorf in diesen Jahren sehr hohe Gewerbesteuereinzahlungen hatte, wirkt sich diese Vorgehensweise wahrscheinlich positiv auf die Höhe des Ausgleichanteils aus. Ein Abschlag soll noch in 2020 ausgezahlt werden.

Nicht kompensierte Defizite dürfen nach dem Entwurf des NKF-Covid-19-Isolierungsgesetzes aus dem „normalen“ Ergebnis herausgenommen und als

Belastung auf maximal 50 Jahre ab dem Jahr 2025 verteilt werden.

Für das Jahr 2020 war im Haushalt 2020 bereits ein Jahresfehlbetrag von rd. 6 Mio. Euro eingeplant. Dieser wurde durch die Übertragung von Ermächtigungen aus 2019 auf rd. 9,6 Mio. Euro aufgestockt. Die Schlüsselzuweisungen werden rd. 11,6 Mio. Euro unter dem Ansatz bleiben. Dies ist allerdings auf die guten Gewerbesteuererträge der Vorjahre zurückzuführen. Die entsprechenden Überschüsse der Vorjahre wurden der Ausgleichsrücklage zugeführt. Unter Berücksichtigung des Überschusses 2019 liegt der Bestand der Ausgleichsrücklage zum Stichtag 31.12.2019 bei rd. 34,8 Mio. Euro, so dass hierüber der eingeplante Fehlbetrag und die Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen abgedeckt werden können.

Auch die Planung des Haushaltes 2021/2022 wird noch in erheblichem Ausmaß von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sein. Die Corona-Sondersteuerschätzung prognostiziert bei der Einkommensteuer bis 2022 und bei der Gewerbesteuer bis 2024 eine Wiederherstellung des Niveaus von 2019. Eine Regionalisierung der Sondersteuerschätzung liegt allerdings noch nicht vor und der Orientierungsdatenerlass des MHKBG wird frühestens in der ersten Oktoberhälfte erwartet.

Horst Wende
Beigeordneter und Stadtkämmerer